

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 18. Mai 2010

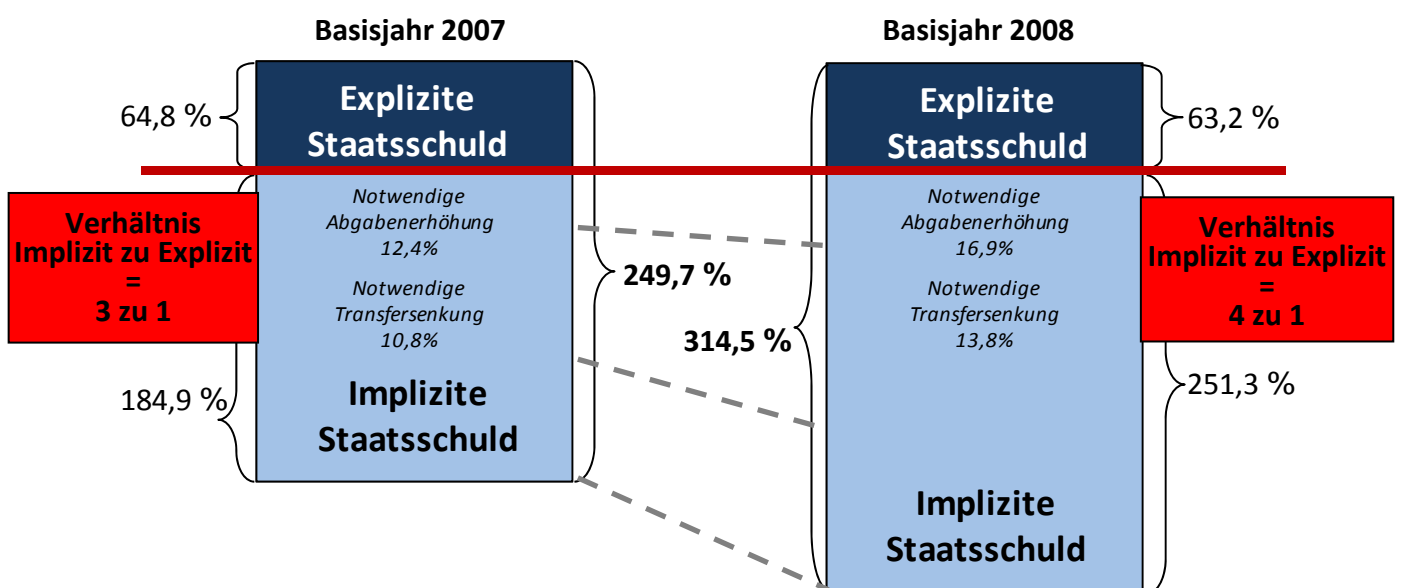
Generationenbilanz Update 2010

Nachhaltigkeitslücke steigt auf 8 Billionen Euro / Implizite Staatsschuld erhöht sich vom 3- auf das 4-fache der expliziten

Die Nachhaltigkeitslücke aus expliziten und impliziten Staatsschulden beläuft sich nach neuesten Berechnungen der Stiftung Marktwirtschaft und des Forschungszentrums Generationenverträge auf knapp 8 Billionen Euro. Konsolidierungsfortschritte vergangener Jahre wurden durch die Wirtschaftskrise sowie wirtschaftspolitische Konjunktur- und Wachstumsprogramme weitgehend zunichte gemacht – die Gesamtschuldenlast liegt fast wieder auf dem Niveau des Jahres 2004. Darüber hinaus zeigen die Berechnungen zum Themenschwerpunkt Gesundheit, welche Wirkung unterschiedliche Gesundheitsprämienmodelle in der Gesetzlichen Krankenversicherung auf die Nachhaltigkeitslücke haben und welche zusätzlichen Steuermittel zur Finanzierung des notwendigen Sozialausgleichs benötigt werden.

Das diesjährige Update für das Basisjahr 2008 zeigt, dass die Nachhaltigkeitslücke der öffentlichen Haushalte gegenüber dem Vorjahr um ein halbes Bruttoinlandsprodukt (BIP) auf 315 % des BIP gestiegen ist. Umgerechnet entspricht das der Summe von 7,85 Billionen Euro.¹ Das Gros entfällt dabei auf die implizite, d.h. noch nicht sichtbare Staatsschuld, die 250 % des BIP ausmacht und in der sich alle durch das heutige Steuern- und Abgabenniveau nicht gedeckten Leistungsversprechen, insbesondere der Sozialversicherungen, verbergen. Der kleinere Teil entfällt auf die explizite, schon heute sichtbare Staatsverschuldung:

Nachhaltigkeitslücken im Jahresvergleich (in % des BIP)



Während die implizite Staatsschuld (65 % des BIP) im Basisjahr 2007 noch das Dreifache der expliziten Staatsschuld (185 %) ausmachte, übersteigt sie diese im Basisjahr 2008 bereits um das Vierfache.

¹ Zur Begleichung dieser Schuldenlast müsste jeder Bundesbürger unabhängig von Steuern und Sozialabgaben bis zu seinem Lebensende einen zusätzlichen Betrag von 354 Euro pro Monat (Basisjahr 2007: 279 Euro pro Monat) an den Staat abführen.

Ursächlich für diese negative Entwicklung sind vor allem drei Dinge, erläutert Studienautor Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft:

1. Erstens die weltweite **Wirtschaftskrise**,
2. zweitens konjunktur- und wachstumspolitische Maßnahmen der Bundesregierung wie zuletzt das **Wachstumsbeschleunigungsgesetz** und
3. drittens eine weitere **Zunahme der Lebenserwartung** entsprechend der neuen 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes.

Die Berechnungen kommen zu folgenden Ergebnissen:

- Das **Schuldenproblem in Deutschland** ist weniger konjunkturell als vielmehr **strukturell bedingt**.
- Die **Sozialversicherungen** weisen im Jahresvergleich eine **nahezu unveränderte Nachhaltigkeitslücke** auf; hier ist es zumindest zu keiner Verschlechterung gekommen.
- In der **Gesetzlichen Krankenversicherung** besteht allerdings weiterhin ein **großer Handlungsbedarf**, da weder Bevölkerungsalterung noch medizinisch-technischer Fortschritt bei der Finanzierung berücksichtigt werden.
- Das gleiche gilt auch für die **Soziale Pflegeversicherung**.

Kostendämpfungsgesetze (wie das Gesundheitsstrukturgesetz oder das Gesundheitsmodernisierungsgesetz) haben der GKV zwar kurzfristig immer wieder Luft verschafft und den starken Kostendruck von Zeit zu Zeit durchbrochen. Da aber gleichzeitig die Einnahmehasis aufgrund der Arbeitsmarkt- und Lohnentwicklung stagnierte, ist man um Beitragssatzerhöhungen nicht umhin gekommen. Ohne **weitreichende Strukturreformen** wird die steigende Bevölkerungsalterung diesen Trend weiter verstärken. Mit Einführung einer Gesundheitsprämie soll diese Finanzierungsproblematik angegangen werden. Daher hat die Stiftung Marktwirtschaft unterschiedliche Modelle einer Gesundheitsprämie auf den Prüfstand gestellt und neben der jeweiligen Nachhaltigkeitswirkung auch den aus Steuermitteln zu finanzierenden Prämiensubventionsbedarf berechnet.

Bei der Gesundheitsprämie lassen sich drei Grundtypen unterscheiden:

- **Gesundheitsteilprämie** (Vorschlag von Bundesgesundheitsminister Rösler)
- **„Holländisches“ Modell** („Arbeitnehmerpauschale“)
- **„Schweizer“ Modell** („Vollprämien“-Modell)

Es zeigt sich, dass **die Nachhaltigkeitslücke in der GKV durch eine Gesundheitsprämie um bis zu 30 % reduziert** werden kann. Der Steuermehrbedarf für den notwendigen Solidarausgleich schwankt je nach Modellvariante zwischen 3,4 Mrd. Euro und 18,4 Mrd. Euro.

Angesichts dieser Erkenntnisse fordert die Stiftung Marktwirtschaft:

- Das strukturelle Defizit muss dauerhaft reduziert werden.
- Steuervereinfachung vor Steuersenkungen!
- Strukturreformen in der Gesundheitspolitik dürfen nicht auf die lange Bank geschoben werden.

Ansprechpartnerin

Dr. Susanna Hübner
Charlottenstraße 60
D- 10117 Berlin

Telefon 030 – 20 60 57 33
Fax 030 – 20 60 57 57